

Thema der Woche

Europa muss digitale Führungsrolle ansteuern

In Kürze

Kommission schnürt Migrationspaket

Neues aus der Kommission

Sozialpartnerkonsultation zur Aktualisierung des EU-Arbeitsvertragsrechts
Studie zur Mehrwertsteuerlücke zeigt Reformbedarf

Neues aus dem Europäischen Parlament

„Pommes-Verordnung“: Wirtschaftsverträgliche Anwendung sicherstellen
Abgeordnete fordern für Haushalt 2018 mehr Geld für wachstumsfördernde Bereiche

Verkehrsausschuss begrüßt Initiative der Kommission für mehr Wettbewerb im Luftverkehr

Neues aus anderen Bereichen

Stakeholder-Konferenz zur Zukunft der EU-Finzen: Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit
Kommissions-Prioritäten für nächsten Finanzrahmen

Jobs+Jobs+Jobs

Ständige Vertretung Österreichs bei der EU sucht Mitarbeiter für
Pressearbeit/Social Media im Rahmen des EU-Vorsitzes 2018
Österreichische Notariatskammer in Brüssel sucht Juristischen Referenten
Rat der Europäischen Union sucht Examining Doctor - Healthcare and Social
Services
EUROJUST sucht Head of the Resources Department

Veranstaltungen

WKÖ-Round-Table zu Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik in Brüssel

EU-Agenda

EU-Kommission: 2227. Sitzung am 3. Oktober 2017
EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche
EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche
EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche
EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenberg 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder
sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Europa muss digitale Führungsrolle ansteuern

Die EU-Staats- und Regierungschefs suchten diesen Freitag bei ihrem **Digitalisierungsgipfel** in Tallinn Wege, Europa im Bereich der digitalen Innovationen voranzubringen und in den kommenden Jahren eine globale Führungsrolle einzunehmen. Der digitale Wandel prägt zweifellos alle Branchen der Wirtschaft und ist ein wichtiger Treiber von Innovationen. Das Internet der Dinge, Big Data, Massive Analytics, Cloud Computing und E-Commerce versprechen ein enormes Marktvolumen. Digitale Technologien können in zahlreichen weiteren Gebieten, wie etwa E-Health, E-Learning, E-Government, Crowdfunding, intelligente Energienetze, Active & Assisted Living eingesetzt werden. Neue und größere Absatzmärkte bieten große Chancen für unsere Unternehmen. Die Veränderung der Wirtschaftsstruktur bringt auch neue Arbeits- und Qualifikationsanforderungen mit sich und verlangt höhere Flexibilität auf allen Seiten. Der laufende Erwerb von neuem Wissen, neuen Kompetenzen und Qualifikationen ist ein unersetzbarer Schlüsselfaktor geworden.

Eine moderne Infrastruktur für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ist die zentrale Grundlage für weitere Entwicklungen und ein wesentlicher Standortfaktor. Reibungslos funktionierende IKT-Anwendungen sind die Basis, Prozesse in allen Branchen effizienter zu gestalten, die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen zu fördern und Netzwerkeffekte zu schaffen. Eine zukunftsorientierte IKT- und Digitalisierungspolitik muss darauf ausgerichtet sein, das Wachstumspotenzial der heimischen Wirtschaft auszuschöpfen. Ein klarer und moderner Rechtsrahmen bildet hier die Grundlage. Die große Herausforderung besteht darin, deutlich zu machen, dass die Digitalisierung Vorteile für alle bringen kann. Die Umstellung auf digitale Technologien muss unterstützt und die Betroffenen schrittweise an die Anwendung digitaler Prozesse herangeführt werden. Ausbildungszweige sind neu zu gestalten, um noch besser auf die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt vorzubereiten und lebenslanges Lernen im digitalen Bereich zu forcieren (weitere Informationen: **WKO Wirtschaft digital**).

Um Österreich und Europa als attraktiven Standort für digitales Wirtschaften zu positionieren, müssen neben den besten Bedingungen für den Auf- und Ausbau moderner Kommunikationsinfrastruktur ein moderner Datenschutzrahmen und kooperativer Ansatz zur Vorbeugung und Bekämpfung von Cyberkriminalität die Risiken für physische Infrastrukturen sowie die darüber transportierten Daten so gering wie möglich halten. Der Schutz unternehmensinterner Infrastrukturen vor Spionage und Internetkriminalität ist Voraussetzung für eine vertrauensvolle und erfolgreiche Digitalisierung. Präsident Juncker hat dies im Rahmen seiner Rede zur Lage der Union zu den wichtigsten Prioritäten der Union erklärt (siehe auch **Cybersicherheit**).

Auch im Steuer- und Finanzbereich spielt das Thema Digitalisierung eine immer größere Rolle. So hat die Kommission beispielsweise angesichts der raschen Digitalisierung im Finanzdienstleistungsbereich sowie der damit verbundenen Neuerungen für die Finanzbranche sowie für Verbraucher und Regulierungs- und Aufsichtsbehörden 2016 eine interne **Taskforce** für Finanztechnologie eingesetzt. Sie prüft derzeit die Zweckmäßigkeit eines EU-Rahmens für FinTech-Tätigkeiten und plant, bis Anfang 2018 eine Strategie vorzulegen. Erst vergangenen Woche hat die Kommission in einer **Mitteilung** auch ihre Vorschläge hinsichtlich eines fairen und effizienten Steuersystems innerhalb der Europäischen Union für den Digitalen Binnenmarkt präsentiert. Laut dieser sollen die derzeit geltenden Steuervorschriften, die ursprünglich für die traditionelle Wirtschaft geschaffen wurden, an die bestehenden Gegebenheiten angepasst werden, da diese den technologischen Wandel nicht berücksichtigen und daher Elemente wie beispielsweise immaterielle Wirtschaftsgüter oder Daten nicht erfassen.

Inhaltsverzeichnis

Wichtig ist auch eine kontinuierliche Information der Unternehmen. Die WKÖ hat diesen Mittwoch zusammen mit dem Enterprise Europe Network und den Industrie- und Handelskammer Bayerns bei einem Parlamentarischen Abend in Brüssel über den „lösbaren Widerspruch Datenschutz und Industrie 4.0“ informiert: Die Unternehmen arbeiten an der Umsetzung der **Datenschutz-Grundverordnung**. Besondere Anforderungen stellen die neuen Arbeitsprozesse der Industrie 4.0. Hier stellte sich die Frage: Können die Unternehmen diese meistern oder wird in Zukunft Innovation außerhalb Europas stattfinden?



Die **Initiative KMU DIGITAL** wurde vom **Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BWF)** und der **Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ)** ins Leben gerufen und bietet umfassende Unterstützung, sich bietende Chancen wahrzunehmen.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**



Kommission schnürt Migrationspaket

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch ein **Migrationspaket** vorgelegt. Enthalten sind eine **Zwischenbilanz der Europäischen Migrationsagenda**, **neue Initiativen zur Umsiedlung und Rückkehr** sowie **Vorschläge zur Stärkung von Schengen**. Die Kommission schlägt eine Aktualisierung des Schengener Grenzkodexes vor, um dessen Bestimmungen für die Wiedereinführung vorübergehender Kontrollen an den Binnengrenzen den derzeitigen Erfordernissen anzupassen. So soll auf Bedrohungen der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit reagiert werden können. Die Wirtschaftskammer Österreich ist der Auffassung, dass es in einem funktionierenden Binnenmarkt und bei einer effektiven Anwendung des Schengen-Abkommens keine Kontrollen an den Binnengrenzen geben sollte.

Inhaltsverzeichnis



Sozialpartnerkonsultation zur Aktualisierung des EU-Arbeitsvertragsrechts

Im Rahmen der Diskussionen zur **Säule Sozialer Rechte** hat die Europäische Kommission in einer zweiten Phase der Anhörung die europäischen Sozialpartner aufgefordert, ihre Ansichten zur geplanten Überarbeitung der EU-

Gesetzgebung zu Arbeitsverträgen einzubringen. Die Kommission möchte den Geltungsbereich der aktuellen Fassung der Richtlinie über Arbeitsverträge (sogenannte **Richtlinie über schriftliche Erklärungen**) auf neue Formen der Beschäftigung wie etwa Arbeit auf Abruf, Arbeit auf der Grundlage von Gutscheinsystemen oder Plattform-Arbeit ausweiten. Alle sollen ohne Ausnahme erfasst werden, unter dem übergeordneten Ziel der Säule Sozialer Rechte: eine stärkere Konvergenz in der Sozial- und Beschäftigungspolitik.

Die Sozialpartner haben bis 3. November 2017 Gelegenheit zum Meinungs austausch über die geplanten Aktualisierungen des EU-Arbeitsvertragsrechts. Die Kommission beabsichtigt, bis Ende des Jahres einen Legislativvorschlag vorzulegen. **Die Wirtschaftskammer Österreich wird sich an dem Meinungs austausch beteiligen.** Aus unserer Sicht wird die geltende Richtlinie über schriftliche Erklärungen als ein Hilfsmittel gesehen, um Arbeitgeber zur Schriftlichkeit von Arbeitsverträgen zu ermutigen. Für Betriebe ist damit der Vorteil verbunden, dass alle Informationspflichten als auch wichtige Vereinbarungen abgebildet werden können, wodurch Rechtssicherheit entsteht.

Ansprechpartnerin: **Barbara Dallinger**

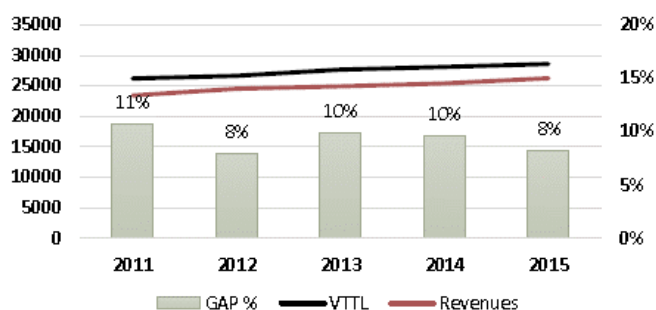
Inhaltsverzeichnis

Studie zur Mehrwertsteuerlücke zeigt Reformbedarf

Die Kommission hat Ende September ihren **Abschlussbericht 2017** zur Mehrwertsteuerlücke der 28 EU-Mitgliedstaaten für das Jahr 2015 veröffentlicht. **Insgesamt ist ein Anstieg der Einnahmen im Bereich der Mehrwertsteuer zu erkennen; jedoch entgingen den Mitgliedstaaten 2015 nach wie vor insgesamt rund 152 Milliarden Euro an Mehrwertsteuereinnahmen.** Zu erkennen ist, dass die Ergebnisse der einzelnen Mitgliedstaaten stark schwanken. Die **größten Mehrwertsteuerlücken** weisen 2015 Rumänien (37,2 Prozent), die Slowakei (29,4 Prozent) und Griechenland (28,3 Prozent) auf. In absoluten Zahlen ist diese mit 35 Milliarden Euro aber in Italien am erheblichsten. **Spanien** (3,5 Prozent) und Kroatien (3,9 Prozent) können hingegen die **kleinste Mehrwertsteuerlücke** für sich verbuchen. Erstmals wurden bei der Studie auch die Mehrwertsteuereinnahmen aus den neuen Regeln für die grenzüberschreitende Erbringung elektronischer Dienstleistungen, die seit 1.1.2015 in Kraft sind, miteinbezogen.

Die Mehrwertsteuerlücke bezeichnet die Differenz zwischen den erwarteten und den tatsächlichen Mehrwertsteuereinnahmen.

Mit einer Mehrwertsteuerlücke von 8,2 Prozent für 2015 (2014 betrug diese noch 9,6 Prozent) ist Österreich jedenfalls unter den Top 10-Ländern mit der kleinsten Mehrwertsteuerlücke.



Die Kommission hat am 7.4.2016 ihren **Aktionsplan** im Bereich der Mehrwertsteuer - Auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Mehrwertsteuerraum veröffentlicht. Für Herbst 2017 plant sie hier zwei große Steuerpakete: Bereits nächste Woche soll ihr Gesetzesvorschlag zur Einführung eines endgültigen Mehrwertsteuersystems für den grenzüberschreitenden Handel erscheinen. Ende November sollen dann auch noch ein Vorschlag zur Bekämpfung des

Mehrwertsteuerbetrugs, ein Vorschlag für ein gemeinsames Mehrwertsteuersystem für KMU sowie die Reform der Mehrwertsteuersätze folgen.

Die WKÖ spricht sich klar für die Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetruges aus. Wichtig ist, dass die Vorschläge sowohl die Kosten als auch den administrativen Aufwand für Unternehmen verringern und für Rechtssicherheit sorgen.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Europäischen Parlament

„Pommes-Verordnung“: Wirtschaftsverträgliche Anwendung sicherstellen

Am Donnerstag fand im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments die Debatte und Abstimmung über eine Ablehnung der von der Kommission geplanten „Pommes-Verordnung“ statt. „Danke an die österreichischen EU-Abgeordneten Elisabeth Köstinger und Othmar Karas für ihren Einsatz gegen die Acrylamid-Verordnung. Auch dem Obmann unseres Fachverbandes Gastronomie, Mario Pulker, gilt der Dank unserer Restaurants, Lebensmittelhersteller und Bäckereien“, **betonte Christoph Leitl**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), anlässlich der Aussprache über die sogenannte EU-Acrylamid-Verordnung. **Die EU-Abgeordneten konnten sich zwar nicht auf einen Einspruch gegen die Acrylamid-Verordnung einigen. Allerdings stellte die Kommission nun Leitlinien für die konkrete Umsetzung in Aussicht.**

Acrylamid ist ein chemischer Stoff, der sich in stärkehaltigen Lebensmitteln wie z.B. Kartoffeln beim Braten, Backen oder Rösten bei Temperaturen über 120 Grad bildet und erstmals 2002 in Lebensmitteln entdeckt wurde. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) veröffentlichte eine Risikobewertung zu Acrylamid in Lebensmitteln, wonach dieses im Verdacht steht, das Krebsrisiko für Verbraucher potentiell zu erhöhen. **Darauf aufbauend haben die Europäische Kommission und Vertreter der Mitgliedsstaaten einem Kommissions-Verordnungsvorschlag zugestimmt, der verbindliche Maßnahmen und Handlungsempfehlungen für Lebensmittelunternehmer zur Reduktion von Acrylamid in Lebensmitteln vorsieht.** Betroffen sind alle Lebensmittelhersteller, Gewerbe- oder auch Gastronomiebetriebe, die bestimmte Lebensmittel, wie z.B. gebratene/frittierte Kartoffelerzeugnisse oder Brot herstellen und in Verkehr bringen. Die zur Reduktion des Acrylamidgehalts vorgesehenen Maßnahmen sind detailliert und unterschiedlich je nach betroffener Kategorie aufgeführt. Zudem haben Gastronomen beispielsweise weniger umfangreiche Anforderungen zu erfüllen als industrielle Hersteller. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass der vorliegende Verordnungsentwurf bereits eine Verbesserung im Vergleich zu ursprünglichen, deutlich bürokratischeren Entwürfen darstellt.

Ansprechpartnerin: Barbara Dallinger

Inhaltsverzeichnis

Abgeordnete fordern für Haushalt 2018 mehr Geld für wachstumsfördernde Bereiche

Im Zuge der Sitzung des Haushaltsausschusses des europäischen Parlaments am Mittwoch haben die Abgeordneten die in der Ratsposition vorgeschlagenen Kürzungen im Vorschlag der Kommission für den EU-Haushalt für das Jahr 2018 abgelehnt. In der Abstimmung sprach sich der Haushaltsausschuss für ein Budget von 161,8 Milliarden Euro an Verpflichtungen – das

© European Union

sind 2,3 Milliarden Euro mehr als der ursprüngliche Vorschlag der Kommission – und **146,1 Milliarden Euro an Zahlungen** aus (ursprünglicher Vorschlag der Kommission: 144,8 Milliarden Euro).

Die **WKÖ** begrüßt die Position der Parlamentarier, mehr Geld für wachstumsfördernde Bereiche wie Forschung, Infrastrukturprojekte und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorzusehen. Mehr Finanzmittel für leistungsstarke Programme wie den erweiterten Europäischen Fonds für strategische Investitionen, die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“, das EU-Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) sowie das Bildungsprogramm Erasmus+ werden aus WKÖ-Sicht positiv bewertet.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Verkehrsausschuss begrüßt Initiative der Kommission für mehr Wettbewerb im Luftverkehr

Der **Verkehrsausschuss** des Europäischen Parlaments hielt seine erste Debatte über den **Vorschlag** der Kommission zur Überarbeitung der Verordnung 868/2004. Sie soll den internationalen Wettbewerb im Luftverkehr sicherstellen. Das bestehende Instrumentarium erwies sich als **nicht praxistauglich**. In Zukunft soll die Kommission durch die geplante Maßnahme bei einer Verletzung der geltenden internationalen Verpflichtungen und bei Praktiken, die den Wettbewerb zwischen Luftfahrtunternehmen beeinträchtigen, **Untersuchungen** durchführen und **Abhilfemaßnahmen** erlassen können.

Zu diesen Abhilfemaßnahmen zählen primär finanzielle Sanktionen gegenüber den bevorteilten Drittstaaten-Airlines, welche sich am tatsächlichen Schaden bei den europäischen Fluglinien orientieren. Im Europäischen Parlament ist dieser Vorstoß der Kommission diese Woche auf sehr viel Zuspruch gestoßen – beinahe fraktionsübergreifend äußerten sich die Abgeordneten des Verkehrsausschusses positiv zur Initiative der Kommission.

Die Wirtschaftskammer Österreich begrüßt Maßnahmen, die dem Ziel dienen, die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Fluggesellschaften und EU-Drehkreuzflughäfen sicherzustellen und zu stärken, und damit Wachstum und Beschäftigung langfristig sichern.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

Inhaltsverzeichnis

Neues aus anderen Bereichen

Stakeholder-Konferenz zur Zukunft der EU-Finzen: Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit Kommissions-Prioritäten für nächsten Finanzrahmen

Im Rahmen des mit der Veröffentlichung des **Reflexionspapiers zur Zukunft der EU-Finzen** gestarteten Diskussionsprozesses fand am Montag eine von der Kommission organisierte **hochrangige Stakeholder-konferenz** in Brüssel statt. Die **Herausforderungen mit dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen für die Zeit nach 2020 sowie Lösungsmöglichkeiten** wurden **diskutiert**. In seiner Rede nannte der für den EU-Haushalt

zuständige Kommissar Oettinger die **Bereiche Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit als Prioritäten des zukünftigen Finanzrahmens aus Kommissionssicht**. Insbesondere würden Investitionen in Forschung und Verteidigung auf europäischer Ebene einen Mehrwert aufweisen. Die Kommission wird nach derzeitigem Stand voraussichtlich im **Mai 2018** einen Vorschlag für den Finanzrahmen nach 2020 vorlegen.

Die wirklichen Herausforderungen des nächsten EU-Haushalts liegen nach Ansicht der **Wirtschaftskammer Österreich** auf der **Ausgabenseite** und nicht auf der Einnahmenseite: Die EU-Ausgaben müssen verstärkt auf einen europäischen Mehrwert ausgerichtet und mit der wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene verknüpft werden. Die WKÖ tritt dafür ein, dass der EU-Haushalt ausgabenseitig einen Fokus auf die Ankurbelung von Wachstum und Investitionen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen legt. Für neue steuerbasierte Eigenmittel wird keine Notwendigkeit gesehen.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis



Ständige Vertretung Österreichs bei der EU sucht Mitarbeiter für Pressearbeit/Social Media im Rahmen des EU-Vorsitzes 2018

Die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel sucht ab Dezember 2017:

**eine/n Mitarbeiter/Mitarbeiterin für Pressearbeit / Social Media
zur Verstärkung des Pressteams für den EU-Vorsitz im zweiten Halbjahr 2018**

Berufserfahrung im Bereich Pressearbeit bzw. journalistische Erfahrung oder Berufserfahrung im Bereich Social Media und sehr gute deutsche, englische sowie französische Sprachkenntnisse sind erforderlich.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit Lebenslauf und Ausbildungsnachweisen/Zeugnissen bis 6. Oktober 2017 an alexander.paier@bmeia.gv.at und CC an bruessel-ov@bmeia.gv.at.

Österreichische Notariatskammer in Brüssel sucht Juristischen Referenten

Die Österreichische Notariatskammer (ÖNK) sucht zur Teamverstärkung für ihr Büro in Brüssel:

Juristische Referentin/ Juristischen Referenten

Abgeschlossenes Studium der österreichischen Rechtswissenschaften und umfassende Kenntnisse im Europa- und Zivilrecht, idealerweise auch im internationalen Privatrecht sind erforderlich, außerdem sehr gute Englisch- und gute Französischkenntnisse.

Bewerbungen bitte per **E-Mail** an die Österreichische Notariatskammer, Frau Christine Zimmerlin, Avenue de Cortenbergh 172, 1000 Brüssel.

Inhaltsverzeichnis

Rat der Europäischen Union sucht Examining Doctor - Healthcare and Social Services

Das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union sucht:

Examining Doctor - Healthcare and Social Services
Temporary Staff - AD 9

Bewerbungen sind ausschließlich online bis zum 24. Oktober 2017 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

EUROJUST sucht Head of the Resources Department

Die Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit (EUROJUST) mit Sitz in Den Haag sucht:

Head of the Resources Department
Temporary Agent - AD 11, Reference: 17/EJ/11

Bewerbungen sind bis zum 25. Oktober 2017 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

Veranstaltungen

WKÖ-Round-Table zu Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik in Brüssel

Am Dienstag, dem 17. Oktober 2017 um 19.00 Uhr wird in Brüssel der **19. „WKÖ-Round-Table zu Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik“** in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU stattfinden. Dieser bereits seit 1997 regelmäßig ausgerichtete Informations- und Diskussionsabend bildet auch in diesem Jahr wieder eine hervorragende Gelegenheit für ein interessiertes Fachpublikum aus Vertretern von Unternehmen, EU-Institutionen und Organisationen sowie Rechtsanwaltskanzleien sich über aktuelle Entwicklungen im **österreichischen Kartellrecht** sowie über wettbewerbspolitische Eckpunkte zu informieren, wie z.B.:

- die mehrmals angekündigte und am 24. April 2017 im Bundesgesetzblatt veröffentlichte Reform des österreichischen Kartell- und Wettbewerbsrechts (KaWeRÄG 2017),
- die auf europäischer Ebene laufende Diskussion um die Reform des Public Enforcements (ECN+),
- die Aufarbeitung des sogenannten Trockenbaukartells, sowie die Klärung wichtiger Fragen um die Durchführung von Hausdurchsuchungen für Wettbewerbsbehörden aus anderen Mitgliedstaaten im Rahmen der Amtshilfe.

Ulrike Ginner, Referentin für Wettbewerbsrecht der Bundesarbeitskammer und Theodor Taurer, wettbewerbspolitischer Referent der Wirtschaftskammer Österreich – beide auch fachkundige Laienrichter beim Oberlandesgericht Wien als Kartellgericht – sowie Natalie Harsdorf, stellvertretende Geschäftsstellenleiterin

der Bundeswettbewerbsbehörde, werden aus erster Hand über die im vergangenen Jahr angekündigten und nunmehr umgesetzten Weichenstellungen berichten und für Fragen und Diskussion zur Verfügung stehen.

Anmeldungen zum WKÖ-Round-Table sind noch bis zum 11. Oktober 2017 per **E-Mail** möglich.
Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Inhaltsverzeichnis



Voraussichtliche Themen der 2227. Sitzung am 3. Oktober 2017

Euro und sozialer Dialog / Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Arbeitsmobilität / Beschäftigung, Wachstum, Investition und Wettbewerbsfähigkeit

Vorschlag für einen effektiven europäischen Rahmen für die Lehrlingsausbildung

Euro und sozialer Dialog / Steuern und Zoll

Mitteilung über die Folgemaßnahmen zum Mehrwertsteuer-Aktionsplan - Auf dem Weg zu einem einheitlichen Mehrwertsteuerraum in der Union

Vorschlag für eine Durchführungsverordnung des Rates zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 282/2011 hinsichtlich bestimmter Ausnahmen zugunsten innergemeinschaftlicher Umsätze

Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2006/112 / EG im Hinblick auf die Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Vorschriften im Mehrwertsteuersystem

Beschäftigung, Wachstum, Investition und Wettbewerbsfähigkeit / Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

Mitteilung: Öffentliches Beschaffungswesen zu einem wirksamen Instrument für Europa machen

Mitteilung: Förderung der Investition durch freiwillige Ex-ante-Bewertung von Beschaffungsaspekten großer Infrastrukturprojekte

Empfehlung zur Professionalisierung des öffentlichen Auftragswesens

Inhaltsverzeichnis

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

2. Oktober Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Europäischer Kodex für elektronische Kommunikation (Neufassung)

Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation

Achtung des Privatlebens und Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation und Aufhebung der Richtlinie 2002/58/EG (Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation)

Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für biobasierte Industriezweige

Aussprache mit Kommissionsmitglied Elżbieta Bienkowska über die Industriepolitik der EU und insbesondere das Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich

2. Oktober Rechtsausschuss

Legitime Maßnahmen zum Schutz interner Hinweisgeber, die im öffentlichen Interesse handeln, wenn sie die vertraulichen Informationen von Unternehmen und öffentlichen Stellen offenlegen

Anwendung der Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden („ELD“)

Verträge über Online-Warenhandel und andere Formen des Fernabsatzes von Waren

Achtung des Privatlebens und Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation und Aufhebung der Richtlinie 2002/58/EG (Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation)

5. Oktober Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Copyright im Digitalen Binnenmarkt

Inhaltsverzeichnis

Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

3. Oktober

Klimakonferenz 2017 der Vereinten Nationen - COP23 in Bonn (Deutschland)

Ausgewählte Fälle kommender Woche:

5. Oktober **Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-356/15 Österreich / Kommission**

Staatliche Beihilfen für britisches Kernkraftwerk Hinkley Point C

Mit Beschluss vom 8. Oktober 2014 stellte die EU-Kommission fest, dass die überarbeiteten Maßnahmen des Vereinigten Königreichs zur Förderung des Baus und Betriebs eines neuen Kernkraftwerks in Hinkley Point (Somerset) mit dem EU-Beihilferecht vereinbar seien (siehe auch Pressemitteilung der Kommission [IP/14/1093](#)). Österreich hat diese Genehmigung vor dem Gericht der Europäischen Union angefochten. Es macht u.a. geltend, dass die Kommission fälschlich vom Vorliegen eines eigenen Marktes für Nuklearenergie ausgehe und - ebenso fälschlich - annehme, es liege auf diesem Markt ein Marktversagen vor. Auch habe sich die Kommission zu Unrecht darauf berufen, dass es sich bei der gegenständlichen Technologie um eine neuartige Technologie handle. Zudem nehme die Kommission irrigerweise an, dass es sich bei den beabsichtigten Maßnahmen um eine reine Investitionsbeihilfe handle; tatsächlich gehe die Beihilfe aber weit über eine reine Investitionsbeihilfe hinaus und stelle eine unzulässige Betriebsbeihilfe dar. Ferner liege kein für die Genehmigung der Beihilfe erforderliches gemeinsames Interesse vor. Heute findet die mündliche Verhandlung vor dem Gericht statt.

[Weitere Informationen](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

Ausgewählte laufende Konsultationen

Bank- und Finanzwesen

[Öffentliche Konsultation - Nachhandelsmärkte und Kapitalmarktunion: Abbau von Hindernissen und Strategie für die Zukunft](#)
23.08.2017 - 15.11.2017

Binnenmarkt, Unternehmertum und KMU, Industrie

[Öffentliche Konsultation über „Einzelhandelsregelungen in einer Multi-Channel-Umgebung“](#)
17.07.2017 - 08.10.2017

[Öffentliche Konsultation über mögliche Maßnahmen zur Regulierung der Umweltauswirkungen von Unternehmensservern und -datenspeichern](#)
10.07.2017 - 23.10.2017

[Inhaltsverzeichnis](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie)

19.09.2017 - 12.12.2017

Finanzen

Öffentliche Konsultation zur Entwicklung von Sekundärmärkten für notleidende Kredite und notleidende Vermögenswerte sowie Schutz der Gläubiger vor Kreditnehmer-Ausfall

10.07.2017 - 20.10.2017

Justiz und Verbraucher

Öffentliche Konsultation z. Überarbeitung der EU-Verbraucherschutzrichtlinien

30.06.2017 - 08.10.2017

Landwirtschaft, Unternehmen und Industrie, Verbraucherschutz

Initiative zur Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette

16.08.2017 - 17.11.2017

Umwelt, Klimaschutz

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Batterienrichtlinie

06.09.2017 - 28.11.2017

Öffentliche Konsultation zur Unterstützung der Evaluierung der Europäischen Umweltagentur und ihres Europäischen Umweltinformations- und Beobachtungsnetzes

17.07.2017 - 23.10.2017

Öffentliche Konsultation zur Untersuchung von Optionen zur Reduzierung von Mikroplastik-Freisetzungen in die Umwelt

26.06.2017 - 16.10.2017

Verkehr

Öffentliche Konsultation zur EU-Luftschutzliste ("Black List of Airlines") Verordnung

11.08.2017 - 07.11.2017

Rationellere Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)

01.08.2017 - 09.11.2017

Evaluation der Verordnung 996/2010 zur Flugunfalluntersuchung in der EU

05.07.2017 - 04.10.2017

Zoll

Öffentliche Konsultation zum Austausch von Zollinformationen mit Drittländern

17.07.2017 - 16.10.2017

Inhaltsverzeichnis